

Ausserordentliche Sitzung  
des Bundesrates vom 10. Juli 1962  
im Weissen Rössli, Zäziwil

---

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Chaudet  
Abwesend: Hr. Bourgknecht (krank)  
Schriftführer: HH. Oser und Weber  
Beginn: 10 Uhr 35      Schluss: 12 Uhr 45

---

Als Grundlage der Beratung dient der 2. rev. Entwurf für eine Erklärung, der vorher ausgeteilt worden war. Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlungen und erteilt sofort Herrn Wahlen das Wort.

Herr Wahlen bemerkt, dass der Entwurf das Ergebnis der Tätigkeit unserer verschiedenen Arbeitsgruppen über das Integrationsproblem sei. Es sei auch das Produkt der Fühlungnahme mit den beiden andern neutralen EFTA-Partnern. Die drei Projekte der Neutralen seien im Gehalt sehr ähnlich. In materieller Hinsicht hätten sich die beiden andern in Hauptsache unserer Auffassung angeschlossen. Der vorliegende Entwurf sei noch nicht endgültig. Eine zweite Lesung sei bekanntlich für den 11. September vorgesehen. Auf Grund der bis dahin feststellbaren Ereignisse dürften sich Korrekturen als ratsam erweisen. Am 28. Juli würden Schweden und Oesterreich ihre Erklärungen abgeben. Aus dem Echo, das sich dabei ergeben werde, könne man dann abwägen, welchen Eindruck das gemacht habe. Man werde bis zum 11. September auch die Fortschritte der englischen Verhandlungen feststellen können. Man kenne heute auch das Resultat der Common Wealthkonferenz und der Parlamentsdebatte in England nicht. Der Sprechende glaubt, dass im Entwurf alle wesentlichen Punkte berücksichtigt seien. In den Ziffern 1 - 6 werde die grundsätzliche Haltung der Schweiz begründet. Ziffer 7 und 8 sind besonders wichtig, weil sie die schweizerische Neutralität umschreiben. Ziffer 9 ziehe die Grenze zwischen der Neutralitätspolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Ziffern 10, 11 und 12 enthielten die wesentlichen Einschränkungen, die wir gegenüber dem Römervertrag zu erheben hätten. In Ziffer 13 werde versucht, unsern Assoziationswunsch zu konkretisieren und es werde ferner das wichtige Problem der institutionellen Regelung des Assoziationsverhältnisses behandelt. Die Ziffern 14 und 15 brächten einen Kommentar zu den Bestimmungen, bei denen wir zur Mitarbeit bereit seien. Ziffer 16 enthalte einen vorsichtigen Hinweis auf Montanunion und Euratom. Ziffer 17 beziehe sich auf die Anwendung eines Assoziationsvertrages auf das Fürstentum Liechtenstein. Es kämen dann die Schlussbestimmungen.



Was unsere Verhandlungsposition betreffe, so hänge sehr viel vom Erfolg oder Misserfolg der englischen Verhandlungen ab. Die Situation Oesterreichs sei nicht sehr konfortabel. Die Richtigkeit der Meldung, dass Chruschtschow gegenüber Kreisky erklärt hätte, dass er gegen eine Assoziation mit der EWG nichts einzuwenden habe, werde von Kreisky bestritten. Er erkläre, dass Chruschtschow Verständnis gezeigt habe für die Handelsbeziehungen Oesterreichs mit der EWG. Er behalte sich aber sonst alles vor, für das was später verhandelt werden sollte. Das entspreche der Haltung der USA; doch seien Anzeichen da, dass die Amerikaner nicht mehr so doktrinär an ihrem Standpunkt festhalten würden. Wenn der englische Beitritt gelinge, dann würde die EWG ganz etwas anderes und die Aussichten für unseren Beitritt würden sich vergrössern.

Herr Schaffner hält den vorgelegten Text für eine sehr gute Arbeit, weil er das Resultat einer sorgfältigen Abwägung der Gruppendiskussion sei. Für ihn ergäben sich vor allem gewisse politische Fragestellungen.

Der Text erwähne als Hauptgrund für die Unmöglichkeit der Schweiz, politische Verpflichtungen zu übernehmen, die Neutralität. Der unbefangene Leser erhalte so den Eindruck, dass wir gerne ganz mitmachen möchten und dass uns nur unsere Neutralität daran hindere. Man betone vielleicht zu stark, dass die Neutralität das Hauptziel unserer Politik sei. Von der Behauptung der Unabhängigkeit nach Aussen werde fast nicht gesprochen. Das Wort Indépendance komme nur einmal vor. Herr Schaffner wolle das nicht kritisieren. Man beabsichtige damit ein günstiges Klima zu schaffen. Wenn man die Unabhängigkeit zu stark unterstreiche, dann werde man uns sagen: "Ihr wollt doch nicht!"

Vom Standpunkt der Innenpolitik aus sollte man aber in einem Dokument, das gedruckt und veröffentlicht werde, dem Gedanken der Unabhängigkeit des Vaterlandes noch mehr Ausdruck geben. Dieser Punkt mache dem Sprechenden am meisten Sorge, vor allem im Zusammenhang mit dem Landwirtschaftsproblem. Es stelle sich die Frage, wie viel man von der Unabhängigkeit sagen dürfe.

Weil man ein gutes Klima schaffen wolle, sage man auch etwas viel davon, dass man die politischen Ideale teile. Das sei nicht ganz ohne Gefahr, man zwinkere den künftigen Partnern gewissermassen schon zu. Herr Schaffner frägt sich deshalb, ob man nicht die Ausführungen über diese Ideale etwas revidieren sollte. Man sollte einen Kompromiss finden zwischen der Schaffung eines günstigen Klimas und der Wahrung der Dignität. Dazu gehöre auch die Verbesserung gewisser Formulierungen. So sollte man z.B. sagen "mon pays croit pouvoir apporter", statt "mon pays peut espérer apporter".

Vom ökonomischen Standpunkte aus halte er dafür, dass keinerlei Lücken bestünden.

Herr Spühler begrüsst im grossen Ganzen den vorliegenden Text, welcher der in Bibernbad entworfenen Skizze entspreche. Er habe den Eindruck, dass man vielleicht den Beitrag der Schweiz an Europa stärker hätte betonen dürfen, insbesondere die kulturelle

Verbundenheit mit dem übrigen Europa. Auch werde der Gedanke des föderativen Staates zu wenig hervorgehoben. Man sollte mehr davon sprechen, was die Schweiz sei, und was sie politisch und kulturell dem übrigen Europa bringen könnte, ohne dass wir uns als ein Muster hinstellen. Auch die wirtschaftlichen Verpflichtungen könnte man noch etwas stärker betonen, z.B. erwähnen: Die Schweiz kaufe von Deutschland mehr als Frankreich. Solche Vergleiche gegenüber allen EWG-Ländern könnten nützlich sein.

Beim Durchlesen habe der Sprechende den Eindruck bekommen, wer das lese, der finde, im grossen Ganzen seien wir einverstanden und nur die Neutralität stehe uns im Wege. Dieses "Auchmitsprechenwollen" sei etwas ungemütlich. Bei einer Assoziation spreche man nur nach Tische mit. Es wäre für uns nicht richtig, dass wir Vollmitglied würden und nur den Vorbehalt der Neutralität einbauen würden.

Herr von Moos stellt fest, dass hier ein im Allgemeinen gutes Schriftstück geschaffen worden sei. Man werde sich aber bei jedem Schritte überlegen müssen, ob dieser Schritt nicht ein unwiderruflicher sei. Es frage sich, ob der Katalog der Zugeständnisse, die wir herausholen wollen, ein vollständiger sei?

Auch Herr von Moos hat das Gefühl, wer das lese, der bekomme den Eindruck, dass uns eigentlich nur die Neutralität daran hindere, Vollmitglied zu werden. In Ziffer 12 spreche man nur von der *Möglichkeit* ~~Unvereinbarkeit einer Assoziation mit~~ der Neutralität. Man müsse sich fragen, ob es nicht auch noch andere Gründe gebe. Intern sei man sich auf alle Fälle klar, dass auch die Demokratie und der Föderalismus wichtig seien. Es dürfe deshalb nicht der Eindruck entstehen, dass wir die Demokratie aufgeben könnten - nicht aber die Neutralität. In irgend einer Form sollte man deshalb sagen, dass wir auch an unserer Volksgesetzgebung festhalten wollen. Auch der Föderalismus sei kein blosses Schlagwort. Er hängt mit unserer Demokratie zusammen. Auch unsere demokratische Struktur sei ein Wesenselement unseres Staates und ihre Gefährdung müsste deshalb ebenfalls als Kündigungsgrund erwähnt werden.

*einer Kündigung  
aus Gründen*

Die Deklaration müsse man im Bewusstsein abgeben, dass man nachher auch die Zustimmung der eidg. Räte und des Volkes *und der Stände* einholen müsse. Sollte man nicht auch diesbezüglich mit offenen Karten spielen und das ausdrücklich sagen? Würde man das nicht tun, dann würde sich der Bundesrat moralisch derart engagieren, dass er jetzt alle Türen öffnet, um später vielleicht durch einen negativen Volksentscheid desavouiert zu werden. Aus dieser späteren Verantwortung heraus habe der Sprechende das Bedürfnis, jetzt zu erklären, dass wir bei diesem Vertrage auch die Rücksichtnahme auf unsere demokratischen Institutionen verlangen müssten.

Herr Tschudi findet, dass die Grundhaltung der Erklärung richtig sei. Wenn man verhandeln wolle, dann müsse man ~~das deutlich sagen~~. Auch die Vorbehalte seien alle vorhanden. Man müsse daran denken, dass es sich um die Einleitung von Verhandlungen handle. Er glaube nicht, dass es gut wäre, wenn man die eigenen Leistungen zu sehr unterstreiche. Man sollte nicht zu unterwürfig sein in

*✓* sich so einstellen, dass ein Erfolg der Verhandlungen aussichtsreich sei.

der ganzen Grundhaltung, man solle sich aber auch nicht zu wichtig machen.

Wenn man an die Publikation im Inland denke, dann müsste man die Darstellung etwas ändern. Die interne staatsrechtliche Seite sei nicht behandelt. Man sollte aber doch nicht zu stark darauf eingehen. Den Gedanken der Unabhängigkeit des Vaterlandes und der direkten Demokratie solle man nicht übergehen, man dürfe ihn aber auch nicht zu stark in den Vordergrund stellen. Wenn uns die Gegenpartei entgegenkomme, dann sei es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir das Ergebnis der Verhandlungen intern durchbringen. Es könnte nichts schaden, die Prinzipien der Demokratie in irgend einer Form zu erwähnen, ohne sie zu stark zu betonen.

Der Herr Bundespräsident findet ebenfalls, dass die Erklärung gut aufgestellt worden sei und dass sie die Vorbehalte richtig bringe, glaubt aber auch, dass gewisse Fragen stärkere Akzente verdienen. Bei der Frage der Unabhängigkeit handle es sich um ein wesentliches Element. Die Schwierigkeit sei die, die Grenze zu ziehen zwischen der wirtschaftlichen Seite und der politisch-militärischen Seite des Problems. Es sei schwer zu beurteilen, inwieweit uns die weitere Entwicklung des gemeinsamen Marktes zu einer politisch-militärischen Unterordnung führen könnte. Der Sprechende halte dafür, dass wir die klare Haltung einnehmen sollten, dass wir bereit seien auf wirtschaftlichem Gebiete mitzumachen, dass wir aber auf militärisch-politischem Gebiete unsere Freiheit bewahren wollen. Dafür werde auch unser Volk Verständnis haben. Aus diesem Grundsatz entspringe auch der Gedanke der Ziffer 11. In den Zusammenhang mit der Kriegswirtschaft gehöre auch das Problem der fremden Arbeitskräfte und die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft. Zusammengefasst sei unser Standpunkt der, dass wir unsere Unabhängigkeit nicht als Preis dafür geben wollen, dass wir dabei sein können.

Herr Wahlen hält es für nützlich, die Eintretensdebatte noch etwas zu verlängern. Die Schwierigkeit bestehe heute vor allem darin, zu entscheiden, wie viel und was man bei einer Einleitung der Verhandlungen sagen solle. Bei uns mache sich aber eine gewisse Grundwelle der Isolation bemerkbar.

Wie weit soll die Unabhängigkeit betont werden? Der Bundesrat hätte immer unterstrichen, dass die Neutralität die Politik sei, um die Unabhängigkeit zu schützen. Man könnte vielleicht einfügen, dass die Neutralität seit jeher das vornehmste Instrument gewesen sei, die Unabhängigkeit des Landes zu wahren. Man habe in der Erklärung auch den Begriff der Souveränität vermieden, denn die Souveränität werde ja irgendwie schon durch jeden Handelsvertrag eingeschränkt.

Ein Ziel, dem man restlos zustimmen könne, sei die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Man sollte prüfen, ob man die Begrabung von jahrhundert Jahre alten Differenzen nicht ausdrücklich begrüßen sollte.

Die Frage der direkten Demokratie, der Volksrechte und der föderativen Staatsstruktur sollte man nicht zu stark in den Vordergrund rücken, sondern zusammen mit der Neutralitätspolitik in Ziffer 8 erwähnen. Man müsse vorsichtig abwägen, ob man in Ziffer 12 die Erhaltung der inneren Staatsstruktur als Kündigungsgrund erwähnen wolle. Das sei eine heikle Frage. Nachdem man so viele andere Bedenken habe, liege tatsächlich eine Gefahr darin, sich zu stark auf die Neutralität zu stützen. Er frage sich z.B., ob der Vorbehalt zugunsten unserer Landwirtschaft genüge? Man sollte die Vorbehalte in den Verhandlungsgrundlagen erweitern, ohne dass man aber die Grenzen nenne, bis zu denen man gehen wolle, damit man überhaupt einmal ins Gespräch komme.

Der Herr Bundespräsident würde es vorziehen, wenn man von einer festen Position ausgehen würde.

Herr Wahlen stellt fest, dass man schon viele Vorbehalte gemacht habe.

Herr von Moos fragt sich, ob es noch eine Möglichkeit gebe, im Laufe der Verhandlungen noch die Grenzen auszubauen? Man werde sich eher veranlasst sehen, die Grenzen zurücknehmen zu müssen. Wenn man davon ausgehe, müsste man <sup>heute</sup> ein komplettes Arsenal unserer Vorbehalte zusammenstellen. Dagegen spreche aber der Gesichtspunkt, dass man verhandeln sollte.

Herr Schaffner spricht sich für den Vorschlag von Herrn Wahlen aus, die Neutralität als Mittel zur Erhaltung unserer Unabhängigkeit zu erwähnen.

Herr Spühler erklärt, dass wir uns wirtschaftlich der Entwicklung nicht mehr entziehen und diesbezüglich nicht noch mehr Vorbehalte anbringen können. Er stimme der von Herrn Wahlen vorgeschlagenen Ergänzung zu und würde empfehlen, vielleicht noch etwas mehr zu betonen, dass wir schon ein Teil von Europa seien.

Der Herr Bundespräsident stellt die Frage, ob wir eigentlich bereit seien, als Preis für die Assoziation etwas von unserem politischen Statut aufzugeben. Er würde es vorziehen, die Assoziation nicht zu bekommen, als etwas von unserem politischen Statut aufzugeben. Das sollten wir schon von allem Anfang an feststellen. Wenn wir das nicht tun, werde man uns eines Tages sagen, wir hätten durchblicken lassen, dass wir auch zu gewissen Konzessionen auf politischem Gebiete bereit seien.

Wir hätten eine stärkere Verhandlungsposition, wenn wir uns politisch stark und nicht zu entgegenkommend zeigen. Damit wolle er das Dokument nicht kritisieren, sondern nur dem Wunsche Ausdruck geben, noch gewisse Verstärkungen anzubringen.

Herr Spühler fragt sich, ob man nicht eigentlich das politische Argument deshalb vorschiebe, weil man in wirtschaftlicher Hinsicht Befürchtungen habe?

Herr Wahlen ist dem Grundsatz nach mit Herrn Chaudet einverstanden, glaubt aber, dass das Dokument dieser Auffassung Rechnung trägt. Man werde dem Bundesrat auch grossen Mangel an Voraussicht vorwerfen, wenn man nicht zu einem Arrangement komme. Unser Produktionsapparat sei heute über unsere Kräfte ausgebaut. Auf bilateraler Basis könne die Frage nicht gelöst werden. Man dürfe die wirtschaftlichen Komponente nicht übersehen. Die Schweiz müsse zu einem Abkommen gelangen, das ihr die Vorzüge des grossen Marktes bringe, ohne dass sie dafür ihre Unabhängigkeit aufgeben müsse.

Was das Vorgehen betreffe, so sei beabsichtigt, in der ersten Sessionswoche zwischen dem 17. und 20. September die Zolltarifkommissionen und die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten zu orientieren. Diese Kommissionen umfassen bereits 68 Parlamentarier. Am Montag der 2. Sessionswoche, d.h. am 24. September, werde man die Erklärung abgeben müssen.

#### Ziffernweise Beratung

Ziffer 1: Auf Antrag von Herrn Schaffner wird in der viertletzten Zeile folgende Fassung gewählt: "de la contribution que mon pays croit pouvoir apporter".

Ziffer 2: Herr Tschudi findet den letzten Satz etwas phrasenhaft und es sei fraglich, ob das überhaupt stimme. Der Ausdruck "vitalité recouvrée" soll auch überprüft werden.

Herr Spühler glaubt, dass man den Gedanken der kulturellen Verbundenheit der Schweiz mit Europa noch etwas ausbauen sollte.

Herr Schaffner bemerkt, dass diese "Europäer" von einer unglaublichen Empfindlichkeit seien, weshalb das Dokument in dieser Richtung absichtlich bescheiden gehalten worden sei.

Ziffer 3: Herr Tschudi beantragt, den Relativsatz in Abs. 2 nach "pays du Benélux" zu streichen.

Herr Spühler würde diesem ganzen Absatz mehr Farbe geben, indem man objektiv darauf hinweisen würde, was die Schweiz beziehe von den Ländern der EWG.

Ziffer 4: Keine Bemerkungen.

Ziffer 5: Herr Schaffner beantragt zu sagen: "Les progrès ont été plus rapide que prévues".

Ziffer 6: Herr von Moos hat Bedenken wegen des zweiten Satzes, der als leere Behauptung aufgefasst werden könnte oder aber auch als eine Verpflichtung, die man hier vorweg nehme.

Herr Schaffner fasst diese Stelle als "captatio benevolentiae" auf.

Herr Wahlen hält dafür, dass man sich bereit erklären müsse, einen Beitrag zu leisten, wenn man zu einem Ergebnis gelangen wolle.

Herr Spühler bemerkt, dass man damit nur bestätige, was man auch an andern Stellen der Erklärung sage, nämlich, dass man es ernst meine.

Ziffer 7: Herr von Moos fragt sich, ob man nicht hier den Gedanken der Demokratie und föderalistischen Struktur einbauen sollte.

Herr Wahlen schlägt vor zu sagen: "Pays attaché aux principes de démocratie et de liberté individuelle aux quelles elle à donné un caractère très développé".

Herr von Moos fragt, was mit "possibilité matérielle et juridique" gemeint sei?

Der Herr Bundespräsident antwortet, dass man damit offenbar den Wunsch ausdrücken wolle, keiner supernationalen Organisation beizutreten.

Ziffer 8: Herr Schaffner wünscht, dass man unter auf Seite 5 nach "confiés qu'à un pays neutre" noch anfügt "comme la Suisse".

Herr von Moos glaubt, dass man hier den von Herrn Wahlen geäußerten Gedanken, dass die Neutralität die Garantie für unsere Unabhängigkeit bedeute, einbauen sollte.

In Absatz 3 sei die Rede davon, dass die Neutralität als Maxime in der Bundesverfassung verankert sei, (maxime qui est inscrite dans la constitution). Das sei etwas übertrieben ausgedrückt. In der Verfassung werde die Neutralität nur in Artikel 85, Ziffer 6 erwähnt.

Herr Schaffner antwortet, dass man damit sagen wolle, dass wir die Neutralität nicht als blosse Liebhaberei betreiben. Man müsse froh sein darüber, dass wir uns auf/<sup>die</sup>Verfassung berufen können. Man habe Verständnis bekundet für die Neutralität Oesterreichs wegen des Staatsvertrages, für die Neutralität Schwedens wegen seiner exponierten Lage, gegenüber der Schweiz aber behaupte man, dass ein eigentlicher Grund zum Neutralsein nicht bestehe.

Der Herr Bundespräsident glaubt, man könnte den Bedenken von Herrn von Moos Rechnung tragen, indem man den Ausdruck "maxime" ersetzt durch "le principe" oder "la donnée".

Herr Wahlen bemerkt, dass im Deutschen der Ausdruck "Staatsmaxime" für die schweizerische Neutralität gebräuchlich sei.

Ziffer 9: Herr Tschudi fragt, ob man nicht statt "notre politique traditionnelle" sagen sollte "notre neutralité"?

Herr Wahlen antwortet, dass man den Begriff Neutralität nicht zu häufig habe verwenden wollen. Er sei aber mit der Anregung von Herrn Tschudi einverstanden.

Ziffer 10: Herr Tschudi findet, die Fassung "de prendre les décisions qu'elle estime justifiées" etwas zu stark.

Herr Spühler fragt sich, ob ein Aussenstehender verstehen werde, dass es zu den Attributen unserer Neutralität gehöre, ob wir frei seien, Handelsverträge mit Dritten abzuschliessen?

Herr Wahlen antwortet, dass eine volle Wirtschaftsunion die Unabhängigkeit und Neutralitätspolitik verunmöglichen würde.

Ziffer 11: Der Herr Bundespräsident hat Zweifel, ob dieser Text überzeugend genug sei. Das Problem der Landesversorgung stelle sich auf alle Fälle. Man sollte hier bestimmter sein.

Herr Schaffner hält dafür, dass das genügen sollte.

Ziffer 12: Herr von Moos führt aus, dass auch hier alles nur auf die Neutralität bezogen sei. Die Unvereinbarkeit mit unserer Neutralitätspolitik sei aber nicht der einzige Grund für uns, um kündigen zu wollen. Die EWG könnte zum Beispiel Beschlüsse fassen, die unsere innere Struktur negieren. Das hätte an sich mit der Neutralität nichts zu tun. Er halte es deshalb nicht für richtig, sich hier ausschliesslich auf den Fall der Neutralität zu beschränken. Diese Frage sollte noch sehr eingehend geprüft werden.

Der Herr Bundespräsident teilt diese Auffassung.

Ziffer 13: Herr von Moos stellt fest, dass hier die Rede sei von einem "Conseil d'association", in welchem die EWG einerseits und die Schweiz andererseits vertreten seien. Es sei die Auffassung vertreten worden, dass dieser Rat seine Beschlüsse einstimmig fassen müsse, um der Unabhängigkeit der Schweiz Rechnung zu tragen. Der Redner möchte hier an diese These erinnern.

Herr Schaffner hält dafür, dass man nicht jede Form von Mehrheitsentscheiden ablehnen sollte. Man werde die Frage sehr sorgfältig prüfen müssen, werde aber nicht darum herumkommen, für bestimmte Gebiete Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren.

Herr von Moos unterstreicht ebenfalls, dass diese Frage sehr eingehend geprüft werden müsse.

Ziffer 14: Keine Bemerkungen.

Ziffer 15: Herr Schaffner möchte hier versuchen, den Wortlaut zugunsten unserer Landwirtschaft noch zu verbessern. Die Schweiz sollte die Bewilligung erhalten, mit ihrem Subventionssystem weiterzufahren. Dazu würden allerdings die Franzosen bemerken, es sei ein falscher Standort, gegenüber den Grundsätzen der EWG einen Wirtschaftszweig mit Subventionen halten zu wollen.

Der Herr Bundespräsident fragt, ob unsere Preiszuschläge für die Landwirtschaft im Widerspruch zur Ordnung der EWG stünden?

Herr Schaffner bejaht das. Er beantragt, im letzten Absatz auf S. 10 den Satz "y compris la politique commerciale à l'égard des pays tiers" zu streichen.

Ziffer 16: Keine Bemerkungen.

Ziffer 17: Herr von Moos fragt, ob uns Liechtenstein einen formellen Antrag erteilt habe?

Herr Wahlen antwortet, dass Liechtenstein im Bilde sei und immer mitgewirkt habe. Das sei in Ordnung.

Der Herr Bundespräsident gibt anschliessend an die Aussprache bekannt, dass Herr Gérard Bauer gefragt habe, ob der Bundesrat bereit wäre, die Frage der Integration dem Landesverteidigungsrat zu unterbreiten und ihm zu gestatten, darüber zu diskutieren.

Herr Schaffner vertritt die Ansicht, dass die Frage für den Landesverteidigungsrat nicht von solcher Bedeutung sei, dass man das dort diskutieren müsste. Er wäre aus Gründen der Oekonomie eher ablehnend.

Herr Wahlen erinnert an die Beantwortung der Motion Kurmann.

Herr Chaudet präzisiert, dass Herr Bauer vor allem an die Vor-ratshaltung gedacht habe.

Herr Schaffner findet, dass die Kriegswirtschaftspolitik auf ganz anderen Geleisen gehe. Es dürfte genügen, dass man dem Landesverteidigungsrat darüber ein Exposé zustelle, eventuell könnte auch Herr Hummler eine Orientierung geben.

Herr Chaudet kann dieser Lösung beipflichten.

\* \* \*